

Nachabonnements für die Monate November und December werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Querstraße Nr. 29) zum Preise von 5 Mark angenommen. Von auswärts können Nachabonnements für diese Zeit auch direct bei der Expedition erfolgen zum Preise von 6 Mark und ist dieser Betrag franco einzuschicken, worauf die Zusendung jeder Nummer unter frankirtem Kreuzband geschieht. Angeht es bei in diese Monate fallenden Verhandlungen des preussischen und sächsischen Landtages wird zu zahlreicher Beteiligung an diesem Nachabonnement aufgefordert.

Telegraphische Depeschen.

* Baden-Baden, 25. Oct. Ihre Maj. die Kaiserin Augusta ist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr nach Koblenz abgereist; der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden gaben derselben bis ins Boot das Geleit.

* München, 25. Oct. Reichsrath: Bei der Generaldiscussion über das Eisenbahngesetz trat Prinz Ludwig dem Antrage des Ausschusses entgegen, indem er das Eisenbahngesetz für unvollendet erklärte, und betonte, daß bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen nur die absolut notwendigen Linien gebaut werden müßten. Der Minister Pfretzschner dankte dem Prinzen für seine Erklärung, hielt aber daran fest, daß auch für die Linien Cham-Gotteszell und Neumarkt a. N. Landeshut Credite eröffnet würden. Bei der Specialdiscussion wurde zunächst der Art. 1 der Vorlage einstimmig abgelehnt. Genehmigt wurde der Bau der Linien Wiesau-Redwitz, Dinkelsbühl-Feuchtswangen und die Fortsetzung der Hochstadt-Stockheimer Bahn über Ludwigshafen an die Landesgrenze. Abgelehnt wurden die Linien Neumarkt-Landshut, Neustadt-Bischofsheim, Cham-Gotteszell und Umlanden-Hammelburg. Die Linie Pöding-Passau wurde genehmigt und sodann der ganze Artikel angenommen. Die Linie Lauterbach-Kaiserslautern wurde abgelehnt, dagegen wurden die Verbindungsbahn Wittsch-Saargemünd, ferner die Linie Zweibrücken-Saargemünd-Saaralben genehmigt. Schließlich wurde der ganze so modificirte Gesetzentwurf angenommen. In der nächsten Sitzung, welche am Dienstag stattfindet, soll die Vorlage betreffend den Zuschlag zur Mainzener zur Berathung gelangen.

* Wien, 25. Oct. Der vom Abgeordnetenhaus zur Vorberathung der Bosnien betreffenden Regierungsvorlage niedergesetzte Ausschuss hat den Beschluß gefaßt, vor Eintritt in die meritorische Debatte der Vorlage erst die Regierung aufzufordern, über die Motion der Vorlage sowie über die gegenwärtige Verwaltung Bosniens und der Herzegowina Aufschluß zu geben und über die bisherige Finanzgebarung die Civilverwaltung und das Landesbudget die bezüglichen Ausweise vorzulegen. Im Wehrausschusse beantwortete der Minister Horst die an ihn gerichteten Fragen über die Präsenzstärke des Heeres, über die Zweckmäßigkeit einer Herabsetzung der Präsenzdienstzeit sowie über das Stärkeverhältnis anderer Armeen gegenüber Oesterreich. Seine nächste Sitzung wird der Wehrausschuss erst abhalten, nachdem das Exposé des Finanzministers ihm vorgelegen hat, in welchem der Ausschuss Aufklärungen

über die in der Thronrede erwähnten Ersparungen beim Armeebudget erwarbt.

* Wien, 26. Oct. Die Verfassungspartei des Herrenhauses hält heute Sitzung, worin die Zurückweisung der Adressentwürfe an die Commission behufs Erzielung eines Compromisses zwischen der Majorität und der Minorität beantragt werden soll. Falls der Antrag angenommen, wird für morgen die Adressdebatte des Herrenhauses anberaumt.

* Wien, 26. Oct. Die Montags-Revue sagt bei Besprechung der bevorstehenden Adressdebatten, daß die Regierung dem Parteistreit gleichmüthig entgegentrete, desto nachdrücklicher aber die Action auf die in der Thronrede angeklagten politischen und wirtschaftlichen Vorlagen concentrirte. Diejenige Partei, welche dazu beitrüge, das Gleichgewicht im Budget herzustellen, welche die Steuerreform votire, die Verhältnisse der occupirten Provinzen regelte, die materiellen Hilfsquellen der Monarchie zu vergrößern helfe, werde die Partei der Regierung sein; wenn sich dafür keine Mehrheit im Abgeordnetenhaus fände, so würde ein Fehler in Graf Taaffe's Rechnung unterlaufen, über dessen Verbesserung ein constitutioneller Minister keinen Augenblick zweifelhaft sein könne. — Die Eröffnung der Ponte baba Bahn erfolgt ohne die Anwesenheit Nordling's, weshalb auch der italienische Eisenbahn-Generaldirector Bassoli wegbleibt. Nur der Präfect von Udine und der Statthaltererrath aus Klagenfurt werden zugegen sein.

Wien, 26. Oct. Das österreichische Handelsministerium bereitet zwei Vorlagen vor betreffs Verlängerung des Meißelbegünstigungsvertrags mit Deutschland auf sechs Monate und des Vertrags mit Frankreich auf ein Jahr. Die österreichischen Zolldelegirten reisen Ende dieser Woche nach Berlin ab. (D. M.-Bl.)

Wien, 26. Oct. Der durch seine bekannte Aufsätze erregende Broschüre „Italoas res“ viel genannte Oberst Haymerle, der Bruder des neuen Ministers des Aeußern in Oesterreich-Ungarn, ist zum Generalmajor ernannt worden. (D. M.-Bl.)

Kom, 26. Oct. Der hiesige österreichische Botschafterposten bleibt vorläufig unbesetzt. — Die oppositionelle Opinion ermahnt neuerdings die Regierung zu einem aufrichtigen Anschluß an Oesterreich und Deutschland. (D. M.-Bl.)

Paris, 25. Oct. In hiesigen politischen Kreisen ist die Nachricht verbreitet, daß nicht nur der Kaiser Alexander demnächst in Berlin den Besuch Kaiser Wilhelm's in Alexandrowo erwidern werde, sondern

daß auch der Kaiser Franz Joseph zu gleicher Zeit dort eintreffen werde, und daß Verhandlungen gepflogen würden, um auch die Anwesenheit des Königs Humbert bei jener neuen Drei-Kaiser-Zusammenkunft herbeizuführen. — Der Polizeipräsident Andrieux, der sehr energisch auftritt, hat das öffentliche Aufführen neuer radicaler Blätter verboten, ebenso auch die Patronatsfeste in den Vorstädten. Die Radicals greifen ihn darüber auf das äußerste an. — An Stelle des zum Gouverneur ernannten Deputirten von Vauluse, Gent, wird Humbert candidiren. Seine Aussichten sind in diesem sehr radicalen Departement keineswegs schlecht. (Post.)

* London, 25. Oct. Dem Standard wird aus Randahar vom 23. Oct. gemeldet: „Der Gouverneur von Rhetat-Ghilzai, welcher sich seit dem Einzuge des Generals Hughes in diese Stadt den Engländern immer freundlich gesinnt gezeigt hatte, hat die Stadt plötzlich mit seinem gesammten Generalstabe verlassen. Ueber die von demselben eingeschlagene Richtung verlautet noch nichts.“

* London, 25. Oct. Ein Telegramm aus der Capstadt vom 15. Oct. meldet, daß zur Stillung leichter unter den Voers ausgebrochener Unruhen Oberst Lanyon mit einem Detachement Dragoner nach Middleburg abgegangen ist.

* Bukarest, 25. Oct. In der heutigen gemeinsamen Sitzung der Kammern verlas der Minister des Innern, Cogalniceanu, eine Volkshaft des Fürsten, durch welche die Revisionskammern in gewöhnliche legislative Kammern umgewandelt werden. Sodann wurde in dem Senat von dem Kriegsminister ein von einer Namensliste begleiteter Antrag eingebracht, nach welchem in Gemäßheit des Gesetzes über die Revision des Art. 7 der Verfassung das Indigenat en bloc allen Israeliten zuerkannt werden soll, welche an dem Unabhängigkeitskriege theilgenommen haben, wodurch das neue Gesetz die erste Ausführung erlangt. Nachdem hierauf die Dringlichkeit für diesen Antrag beschlossen worden war, zogen sich die Sectionen des Senats zur Berathung zurück. Heute Abend soll die Sitzung wieder aufgenommen werden. — Seit der Votirung des Revisionsgesetzes durch die Kammer gehen zahlreiche individuelle Gesuche um Naturalisirung ein. Die hervorragendsten in Rumänien wohnenden Israeliten sollen die ersten gewesen sein, welche sich den Verpflichtungen des neuen Gesetzes unterworfen haben.

* Bukarest, 25. Oct. Senat: Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen worden war, gelangte der Bericht

Der Blücher'sche Brief.

Mit Bezug auf den von uns in Nr. 249 aus der Magdeburgischen Zeitung abgedruckten Brief Blücher's erhalten wir von einem freundlichen Leser unsers Blattes folgende dankenswerthe Aufklärung:

Das Original dieses Briefes ist keineswegs bisher verloren gewesen, sondern befindet sich wohl aufbewahrt in der Autographensammlung der Familie E. Bädeler in Koblenz. Der Brief ist übrigens schon wiederholt abgedruckt worden, zuletzt, wenn ich nicht irre, vor sechs bis acht Jahren in der Zeitschrift „Im neuen Reich“. Der Hr. Winter, an den er gerichtet ist, wohnte in Münster; ich vermüthe, daß der Brief aus dem Besitze des Archivraths Erhardt stammt. Uebrigens enthielt der Brief noch eine sehr charakteristische Nachschrift, die auf der dem Correspondenten der Magdeburgischen Zeitung zur Verfügung stehenden Abschrift gefehlt zu haben scheint. Diese Nachschrift lautet:

„Der Krieg ist nun zu ende, ich muß noch hier bleiben um den abmarsch der armee zu reguliren. Der Friede ist nicht so wie er hätte sein sollen und werden können, ich bin nicht Schuld. Die Herren Diplomatenquer haben verubelt und die großen konten nicht eingt werden.“

Eine neue Versammlung der christlich-socialen Arbeiterpartei.

Am 24. Oct. war in Berlin wieder die christlich-socialen Arbeiterpartei versammelt. Zunächst legte Hr. Vallin folgende Erklärung zur Annahme vor:

Die Versammlung der christlich-socialen Arbeiterpartei bezeugt dem Hrn. Vosprediger Stöder ihre Verehrung, denselben aber, welche denselben durch tägliche Beschimpfung und Verleumdung insultiren, ihre Verachtung,

und gibt Frau Lina Morgenstern, welche sich erlaubt hat, sich um Hrn. Stöder zu kümmern und denselben lägenbatterweise der Judenhege zu bezichtigen, den Rath, fortan lieber sich um ihre eigene Wirtschaft zu kümmern. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, diese Erklärung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Fast einstimmig und unter dem lauten Beifall der Versammlung wurde diese Erklärung angenommen.

Alsdann trat man in die Tagesordnung ein. Der Referent Dr. Tinney plaidirt in einem längern Vortrage für Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die Privatbahnen vertheilen gegenwärtig 180 Mill. Dividende, die Hälfte davon, 90 Mill., entspreche einer Verzinsung des auf die Bahnen wirklich verwendeten Kapitals von 4 Proc.; 90 Mill. oder per Kopf 3 M. nehmen also die Privatbahnen auf Kosten der Allgemeinheit zu viel ein. Würde man die Privatbahnen verstaatlichen, könnte man Tarife und Fahrpreise auf die Hälfte reduciren oder die Mehreinnahme auf sonstige Weise der Allgemeinheit nützlich machen. Redner wies sodann, auf die rechtliche Seite der Frage übergehend, nach, daß der Staat laut Gesetz befugt sei, den Uebergang der Privatbahnen in Staatsbesitz zu verlangen, und sichilderte die handelspolitischen (Einheitlichkeit der Tarife), militärischen und volkswirtschaftlichen Vortheile. In Betreff der letztern war Redner der Ansicht, daß der Staat auch minder günstige Strecken berücksichtigen werde, denen sich das Privatkapital nicht zuwenden könne.

In der Discussion selbst erörterte man zunächst die Frage des finanziellen Uebergangs der Privatbahnen an den Staat. Hr. Werben will diesen dadurch ermöglichen, daß man einmal das Papiergeld

vermehrte und alsdann inhibire, daß „unser koster deutsches Geld“ durch den Handel mit ausländischen Eisenbahnpapieren ins Ausland geht. Hr. Vallin hält eine derartige Beschränkung des Verkehrs an der Börse, wie sie der letzte Vorschlag bedinge, doch für unmöglich. Elias Cohn erklärt unter großer Heiterkeit wiederholt, daß er verschiedene Ausführungen des Referenten nicht verstehe, und wirft namentlich dem Prediger Diebstellamp, der der Ansicht ist, durch Verstaatlichung der Bahnen würde dem Kapitalverluste, wie er durch den unnützen Bau von Concurrenzlinien herbeigeführt werde, und dann auch dem unregelmäßigen stoßweisen Vergehen der Arbeiten Einhalt gethan, Geschäftsunkennntniß vor. Bäder Knödel bespricht die Börsenseite, das Hazard- und Differenzspiel, die „Prostitution“ der Börsenthätigkeit. Prediger Diebstellamp: Nicht sachliche, sondern politische Gründe veranlassen die Gegner des Project's, dagegen aufzutreten. Jene Herren sagen sich, weil wir nicht die Herren im Staate sind, wollen wir keine Staatsbahnen. (Sehr richtig!) Hr. Lüders meint, das jetzige Plus der Einnahmen werde unter Staatsverwaltung schon zu einem Minus werden (Zuruf: Dho, die Post!); Redner bricht seine Ausführungen ab. Bäder Knödel: In den vierziger Jahren galt der Grundsatz, der Staat dürfe keine Gewerbe treiben. Unser Magistrat hat zu allererst dagegen gefändigt, zuerst nahm er das Gas für sich, dann die Wasserleitung, nun endlich auch die Kanalisation. Ein alter Spruch sagt: „Der Anfang war mit Sang und Klang, das Ende brachte vielen Stank.“ Hoffen wir, daß das hier in Berlin nicht so sein wird. (Bravo!)

Nachdem noch das Submissionswesen berührt und